

Der Zentral-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 27, Magasinstr. 6/7 II
Verleger: Kuhnke 1006, 1076 und 1262. — Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphenadresse: Textilpraxis Berlin

Bereinzelt seid Ihr nichts — Vereintigt alles!

Anzeigen die sechsgepaaltene Kleinzeile 150 Mark
Anzeigen- und Verbandsgebühren sind an Otto Behms, Berlin D 27,
Magazinstraße 6/7 II (Postfachkonto 5386), zu richten. — Bezug
nur durch die Post. — Preis monatlich 150 Mark

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Inhalt: Bekanntmachung. — Aus dem Ruhrgebiet. — Vor der
Protektbewegung gegen die Ruhrbesetzung. — Verabsiegung der Haus-
brandlosten. — Der Anschlag der Industrie und ihrer Regierung
auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse. — Die Arbeitslosigkeit im
Ausland. — Kurzarbeiter- und Erwerbslosenfürsorge. — Nachtlänge
zum Ludwigsfelder Streik. — Jugend. — Aus den Gewerkschaften. —
Aus der Textilindustrie. — Soziale Rundschau. — Wirtschaftliches.
— Bekanntmachungen. — Wieder neue Weitragsmärkte. — Anzeigen. —
Unterhaltungsteil: Ausschnitte aus der Geschichte der Textil-
arbeiterbewegung (VI).

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Verbandsbeirats vom 26. März 1923 ist
die Verbandsgeneralversammlung auf unbestimmte Zeit vertagt worden, jedoch mit der Maßgabe, daß
die Generalversammlung noch in diesem Jahre stattfindet.

Die bereits veröffentlichte Wahlkreiseinteilung bleibt be-
stehen. Der Wahltag und die Zeit, bis zu welcher Anträge ein-
gereicht sein müssen, wird erneut und rechtzeitig bekannt-
gegeben. **Der Verbandsvorstand.**

Aus dem Ruhrgebiet.

Die Kollegen R. und S. und Schreiber dieses bekamen vom
Zentralvorstand den Auftrag, sich in das Ruhrgebiet zu be-
geben, um sich dort über die Maßnahmen der Franzosen und
Belgier, sowie über die Stimmung der vergewaltigten Bevöl-
kerung und über die getroffenen Maßnahmen zur Fortführung
des Abwehrkampfes gegen den in unser Land eingedrungenen
Feind zu unterrichten.

Ueber das bisher Gesehene und Gehörte will ich hier ein
kurzes Stimmungsbild geben.

Am Sonntag, den 18. März, trafen wir in früher Morgen-
stunde in Hamm in Westfalen ein. Schon vom frühen Morgen
an gab eine mächtige Demonstration der Stadt Hamm das
Gepräge. Aus dem gesamten Ruhrgebiet und aus dem Rhein-
land waren starke Abordnungen der Arbeiterschaft erschienen,
um feierlichen Protest gegen die Ruhrbesetzung und Vergewaltigung
der deutschen Bevölkerung dieser Gebiete einzulegen. Der
Reichspräsident Ebert, die Reichsminister Dr. Becker,
Dr. Brauns, sowie die preussischen Minister Siering, Severing
u. a. Vertreter der Gewerkschaften und Behörden hielten in
einer starken Demonstrationsversammlung inhaltreiche An-
sprachen.

Am Montag, den 19., ging es weiter nach Essen. Auf diesem
Wege bemerkte man schon, daß etwas gestört, etwas nicht
mehr in alter Ordnung war. Die Eisenbahnstrecke von Hamm
nach Essen war eine der am stärksten frequentierten. Hunderte
von Eisenbahnzügen bewältigten hier den täglichen Verkehr.
Gegenwärtig verkehren nur wenige Züge. Da ein Teil der
Hauptstrecke von den Franzosen besetzt ist, muß der Verkehr
auf den Nebenstrecken in einem sogenannten Pendelverkehr be-
wältigt werden.

Die Hauptbahnhöfe von Essen, Bochum, Düsseldorf u. a.
sind durch die Franzosen besetzt und bestimmte Teilstrecken —
die Franzosen behaupten, daß sie 20 000 Kilometer des deut-
schen Eisenbahnnetzes besetzt haben — sind von den Franzosen
militarisiert. Der Verkehr muß sich deshalb außerhalb der be-
setzten Bahnhöfe und besetzter Eisenbahnlinien abwickeln. Es
ist ganz natürlich, daß die Störung des Eisenbahnverkehrs in
einem Bezirk, in welchem das dichteste Eisenbahnnetz der Welt
liegt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich besonders erhöhen
müssen. In dem dichten Schienennetz der Eisenbahn erkennt
man, daß hier auf einem engen Raum die gewaltigste Werkstat-
t der Welt zusammengedrängt ist. Das dicke Schienennetz ist
eine Vorbedingung zur Bewältigung des Verkehrs, den die
Industrie für die tägliche Beförderung der Arbeitskräfte und
für den Gütertransport benötigt. Daneben ist aber auch noch
die Schifffahrt zu beachten. Diesbezügliche ebenfalls still. In
Ruhrort und auf dem Rhein-Herne-Kanal liegen Hunderte von
Schiffen untätig, die sonst Tag für Tag ihre Linien zogen und

dem Austausch der Wirtschaftsgüter ferner Zonen dienen.
Das Ruhrgebiet wird mit Recht die Herzkammer der deutschen
Wirtschaft genannt. Hier reißt sich ein Riesenwerk an das
andere. Schlot reißt sich an Schlot und legen Zeugnis dafür
ab, daß hier auf einem engen Raum Tausende und abermal
Tausende von Menschen Schätze und Wirtschaftsgüter ans Licht
heben. Die Franzosen und Belgier sind nun daran, dieses
Wirtschaftsgebiet völlig stillzulegen. Zunächst ist die ge-
samte Ausfuhr aus dieser gewaltigen Werkstat-
t unterbunden. Die Franzosen haben das besetzte Gebiet voll-
kommen von dem unbesetzten abgetrennt. Aber nicht
nur das Ruhrgebiet ist abgeschnürt von dem unbesetzten
Deutschland, sondern auch das Wuppertal (Bergisch-Land) mit
seiner großen Textilindustrie. Bei Hohenlimburg ist die Block-
stelle hingestekt von den Franzosen besetzt. Sie bringen dort
jeden Zug zum Halten und verhindern, daß irgendwelche Wirt-
schaftsgegenstände aus dem abgeschnürten Gebiet ins unbesetzte
Deutschland gebracht werden können. Das Ruhrgebiet ist
das wichtigste Wirtschaftsgebiet für Deutschland. Der Ausfall
der Ruhrkohle, des Kokes und der maschinellen Fertigfabrikate
wirkt für die deutsche Volkswirtschaft todbringend. Deutsch-
lands Wirtschaft ist ohne das Eisen, den Stahl und die Kohle
und alles was aus der Kohle gewonnen wird, undenkbar. Das
Ruhrgebiet stellt die größte Werkstat-
t Deutschlands dar und ist
der stärkste Faktor in der deutschen Wirtschaftsbilanz. Es be-
darf keiner großen Einfuhr, weil es die Ur- und Rohstoffe selbst
gewinnt und daraus das Fertigfabrikat herstellt. Es kann uns
als Arbeiter nicht gleichgültig sein, was aus dem Ruhrgebiet
wird. Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands war nur durch
die Kohle und das Erz des Ruhr- und Saargebiets möglich.
Die Fortnahme des Ruhrgebiets bedeutet deshalb den wirt-
schaftlichen Niedergang und den Zerfall der deutschen Wirt-
schaft. Unsere Fortentwicklung, unsere gesamte Kultur und
Lebensmöglichkeiten sind auf das Innigste mit dem Schicksal
des Ruhrgebiets verknüpft. Aus diesem heraus ist der deutsche
Arbeiter verpflichtet, den Kampf der Ruhrbevölkerung gegen
die Franzosen und Belgier mit allen Mitteln zu unterstützen.

Aber auch als Deutsche müssen wir versuchen, das Ruhr-
gebiet uns zu erhalten. Es sind Deutsche, die heute dort unter
dem Druck des französischen Militärs sitzen. Sie wollen nicht
von einer Fremdherrschaft geknechtet werden, deshalb haben
wir die Pflicht, uns als Deutsche mit ihnen solidarisch zu er-
klären und sie in diesem Kampfe zu unterstützen.

Nicht allein, daß uns die Verkehrsstörungen zeigten, daß
hier verschiedene Dinge sich im Raume stoßen, sondern auch
im Benehmen der Bevölkerung kam dies zum Ausdruck. Die
Reisenden hielten sich in ihren Gesprächen zurück. Man wagte
nicht, ein offenes Wort zu sprechen und dies auch aus berech-
tigten Gründen. Ueberall mißfiel sich unter die Bevölkerung
Spitze der Befehlsgewalt, die darauf warten, „Arbeit“
zu erhalten. Kurz vor Dortmund fuhr wir in die besetzte
Zone ein. Es fand bei der Einreise eine Paß- resp. Durch-
sicht der Einreiseurkunden statt. Die Kontrolle ging
sehr schnell vonstatten. Dies ist jedoch nicht immer der Fall. Die
Passagiere am Sonntagabend, die aus Hamm in das besetzte
Gebiet zurückkehrten, wurden einer scharfen Kontrolle (Veib-
sichtigung) unterzogen. Unter dieser Kontrolle mußten beson-
ders Frauen, die Kinder bei sich hatten, leiden. Die Züge
blieben aus diesem Grunde fünf Stunden lang auf offener
Strecke liegen.

Die Zug- und Paßkontrolle wird von Kontrolleuren unter
dem Schutz von Stahlhelmen, mit aufgezogenem Seiten-
gewehr herumstolzierenden französischen Soldaten vorgenom-
men. Sie zeigte uns, daß hier der Krieg, der 1914 seinen
Anfang genommen hat, seine Fortsetzung findet. Er wird fort-
gesetzt gegen ein waffenloses und friedliches Volk. Dieser Krieg
hat bisher etwa 20 Personen das Leben gekostet; wenn die
Zahl der Opfer noch nicht größer ist, so ist dies darauf zurück-
zuführen, daß die Bevölkerung mit einer bewunderungswürdi-
gen Disziplin dem Eindringen nur den passiven Widerstand
entgegenstellt und alle Brutalität eines zügellosen Militarismus
über sich ergehen läßt. In verschiedenen Orten und
Städten hat die Bewohnerschaft Unerträgliches erdulden
müssen. In Buer, Herne und anderen Orten sind die Ein-

wohner von französischen Offizieren und Soldaten mit Hundes-
peitschen verprügelt worden. Weshalb? Grundlos. Oder des-
halb: Weil sie die Hände — mit offener Handfläche nach
vorne — nicht vorschriftsmäßig, wie der französische Befehl
dies vorschrieb, zeigten. Am schlimmsten waren die Tage des
Schreckens in Buer nach der Erschießung von zwei französi-
schen Offizieren. Die Tat ist bis heute noch nicht aufgeklärt.
Eine planmäßige Untersuchung stößt auf zu große Schwierig-
keiten. Unverantwortlich ist es aber, daß zwei Einwohner
aus Buer von den Franzosen als die angeblich Schuldigen er-
schossen worden sind. Offenbar wollen die Franzosen durch
dieses Manöver die von ihnen vorgenommenen Erschießungen
zu rechtfertigen versuchen. Es kann jedoch nachgewiesen wer-
den, daß die von den Franzosen Erschossenen nicht als Täter
in Betracht kommen können.

In Essen ist im Hauptbahnhof ein französischer Soldat, der
als Heizer beschäftigt war, erschossen worden, und zwar von
einer Stelle aus, wo ständig ein französischer Posten steht.
Man steht hier vor einem Rätsel. Bezeichnend ist noch, daß
der erschossene Soldat, der den deutschen Namen Schmidt trägt,
Eisener ist und früher in Essen gearbeitet hat. Die Erschießung
des Soldaten gab den Franzosen Veranlassung, angesehene
Essener Bürger als Geiseln zu verhaften und Repressalien an-
zudrohen.

Wie gesagt, hier im besetzten Gebiet stoßen sich die Dinge
im Raum. Mit der Degenspitze und anderen Mordwaffen soll
hier Wirtschaftsgeschichte gemacht werden und eine natürliche
Wirtschaftsentwicklung mit Gewalt korrigiert werden. Hien
zeigt sich augenfällig, daß man mit der Degenspitze keine Wirt-
schaftspolitik machen kann. Der französische Militarismus
wird hier ein Fiasko erleben, wie er ihn noch nicht erlebt hat.
Die Franzosen haben Eisenbahnen militarisiert. Sie fahren
wohl auch Kohlen und Koks ab. Aber die abgefahrenen Men-
gen entsprechen in keiner Weise den Kosten des Aufwands.
Es zeigt sich, daß der Militarismus wohl zerstören, vernichten
kann, aber niemals wirtschaftlich aufzubauen in der Lage ist.
Wo mit Hilfe des Militarismus ein Aufbau der Wirtschaft
vorgenommen werden soll, da wird sich zeigen müssen, daß
dies eine Unmöglichkeit ist. Die Franzosen halten viele Volo-
motiven unter Dampf, aber nur mit wenigen können sie fahren,
weil sie sich in dem Eisenbahnnetz nicht zurechtfinden. Die
Ladungen der Waggons verursachen ihnen schon erhebliche
Schwierigkeiten. Man kann sagen, sie handeln so töricht, wie
jene Mäde, die in den Rhein sprang und glaubte, ihn damit
zum Ueberlaufen zu bringen.

Dort wo die Franzosen die Werke besetzt haben, liegen die
Betriebe still. Die Arbeiter verweigern die Arbeit unter fran-
zösischen Bajonetten. Die Franzosen glauben die Arbeiter
damit ködern zu können, daß sie ihnen empfinden, die Betriebe
zu besetzen und zu sozialisieren und die Kapitalisten zu ver-
jagen, um dann selbstverständlich für die Franzosen zu arbeiten.
Es wurden ihnen allerlei Versprechungen gemacht. Die Ar-
beiter lehnten diese Ratschläge ab. Als die Versprechungen
den Franzosen nicht halfen, kam die Hundespeitsche zum Vor-
schein. Die Arbeiterschaft steht nun auf dem Standpunkt, nun
erst recht nicht nachzugeben und den Kampf weiterzuführen.
Ueberhaupt wird der Kampf im Ruhrgebiet auf dem Rücken
der Arbeiterschaft ausgefochten.

Die Stimmung der Bevölkerung und der Arbeiterschaft ist
eine einheitlich geschlossene. Man findet keinen Unterschied
zwischen der SPD. und Syndikalisten und den freien Organi-
sationen. Sie sind über die Mittel der Abwehr gegen die An-
schläge der Franzosen nur einer Meinung. Hieraus ist
es auch verständlich, daß die freien Organisationen seit der
Besetzung des Ruhrgebiets außerordentlich gute Fortschritte
gemacht haben. Französische Generale haben einflußreiche Mit-
glieder der kommunistischen Partei zu sich berufen und ihnen
ebenfalls die Vorschläge unterbreitet, die darauf hinauslaufen,
die Betriebe zu sozialisieren und die Unternehmer zu verjagen.
Auch die Vertreter der SPD. haben erklärt, daß sie zur Be-
kämpfung des eigenen Kapitalismus nicht des französischen
und belgischen Militärs bedürfen. Mit dem deutschen Kapitalis-
mus würden sie allein fertig werden. Sie müssen deshalb die
französische militärische Hilfe dankend ablehnen.

Ausschnitte aus der Geschichte der Textil- arbeiterbewegung.

Für die Textilarbeiterjugend zusammengestellt
von Ernst Niekisch.

VI.

4. Aus der Frühzeit des Kapitalismus (Fortsetzung).

Was sich in England um die Jahrhundertwende ereignet hatte,
vollzog sich in Deutschland erst in den dreißiger, vierziger und fünf-
ziger Jahren des 19. Jahrhunderts. Die Maschine kam vom Westen
her und eroberte sich zuerst das Rheinland. Auch hier erfuhr vor
allem die Textilindustrie die durchgreifendsten Umwälzungen durch
die neu einsetzende Entwicklung. Aachen und Köln waren bekannt
als Mittelpunkte uralter Tuchweberei. Um diese beiden großen
Städte lagerten sich zahlreiche kleine Weberstädte; auch das Land
war von fleißigen Webern bevölkert. Im Clever-, Geldern- und
Jülicher Land blühte auf weiten Feldern der Flach; er wurde im
Herbst geschwungen, gebrochen, am Roden gesponnen und zu weißer
Leinwand verwebt. In Gladbach, Rheydt und Odentirchen bürgerte
sich um 1800 die Baumwollindustrie ein.

Damals freilich hemmten noch veraltete rechtliche Schranken die
gewerbliche Entwicklung. Noch bestanden allerlei zünftlerische Vor-
schriften; die Knechtzahl war vorgeschrieben, die Zahl der selbstän-
digen Gewerbetreibenden eingekerkert. Erst das Eindringen der fran-
zösischen Revolutionsheere räumte mit diesen verstaubten Zuständen
auf. Es ist kein Zweifel, daß in jenen Tagen die französische Rhein-
besetzung der Bevölkerung mannigfache wohlthätige Fortschritte
brachte, ganz im Gegensatz zu heute, wo an die französischen Fahnen

sich Gewalttat, Unterdrückung und Unfreiheit heften. Die aufstrebende
rheinische Textilindustrie fand in Frankreich einen gewinnbringenden
Abnehmer; Napoleon, der der Stadt Aachen, der Stadt Karls
des Großen, seine Gnade zuwandte, zeigte großes Verständnis für
die Interessen der rheinischen Fabrikanten. 1821 wurde in Aachen
die erste Spinnmaschine aufgestellt; die Verwendung der Maschine
griff weiter um sich, als der Maschinenbauer Coderell von Berviers
nach Aachen übergesiedelt war. 1840 wurde die Mulejenny ein-
geführt, in den 1860er Jahren verbreiteten sich die Selsators. Die
Waren standen in gutem Rufe. Aachen war bekannt ob seiner
glatten, schwarzen, im Stiel gefärbten Lächer; von Düren kamen
gesuchte, solide Lächer; Montjoie lieferte gemusterte Stoffe, und
Cuppen gereichte sein Schwarz zum Ruhm. Die Waren konnten die
Konkurrenz mit den englischen Erzeugnissen aufnehmen und gingen
in die Vereinigten Staaten, nach Spanien, Portugal, Italien und
Rußland. Freilich, die Lage der Arbeiterschaft war furchtbar. Die
Löhne waren im Vergleich zu dem Einkommen der ehemaligen
Webermeister um ein Drittel herabgedrückt. Frauen und Kinder,
deren Fingerfertigkeit für das Zusammenknüpfen der gebrochenen
Fäden den Unternehmern erwünscht war, machten es den Fabri-
kanten leicht, die Löhne herabzusetzen. Dazu gestellten sich verschie-
dene bedeutliche Mittel der Lohnverkürzung: Das Bezahlen mit
Waren (Trucksystem), die Anwendung falscher Waage und unmittel-
bare Lohnabzüge. Unternehmer betrieben offene Ladengeschäfte und
liefernten den Arbeitern schlechte Waren zu teuren Preisen. Sie
zwarzen geradezu die Arbeiter, große Warenmengen einzukaufen;
die Arbeiter hatten für solche Mengen keine Verwendung und ver-
äußerten sie zu Spottpreisen. Lange Zeit wußten in Aachen die
Arbeiter von einem Fabrikanten zu erzählen, der sich auf seine
Frömmigkeit sehr viel zugute tat, des Nachts aber unter Gebeten sich
auf den Daumen geklopft haben soll, damit dieser einen breiteren
Saum des Luches beim Vermessen bedede. In Zeiten schlechter

Konjunktur kürzten die Fabrikanten einfach den Lohn, obgleich
es sich bereits das Existenzminimum unterzürten hatte. Bei einer
Arbeitszeit, die von morgens 4 1/2 Uhr bis zum Eintritt der Dunkel-
heit dauerte, verdienten die Arbeiter wöchentlich etwa 1 1/2 bis 2 Taler.
Das erzeugte innerhalb der Arbeiterschaft begrifflicher Weise große
Erbitterung. 1830 zogen Arbeitervereine in Cuppen vor die Fabrik,
die zuerst die Spinnmaschine eingeführt hatte. Der Besitzer verstand
es, den Zorn der Aufgeregten auf die Maschinenbauanstalt von
Coderell abzulenkten; diese wurde dem auch zerstört. Um das Re-
volutionsjahr von 1848 bedienten sich die Arbeiter der Streikwaffe.
Freilich trafen sie keine weitläufigen Verabredungen, die
obligatorisch streng verboten waren; sie streikten nur von Betrieb
zu Betrieb und wurden da und dort von der Arbeiterschaft nicht-
bestreikter Fabriken unterstützt; fremde Weber, die sich zur Streik-
arbeit bereit zeigten, wurden vertrieben. Von christlich-sozialer Seite
wurden Versuche unternommen, die Arbeiter zu organisieren; diese
Versuche scheiterten. Ebenso mißlang auch die Gründung von Ge-
werkschaften. Häufig war unter der Aachener Arbeiterschaft be-
drückender Mangel an Gemeingefühl wahrzunehmen; außerdem aber
befand sich die rheinische Arbeiterschaft ausschließlich in den Händen
der Geistlichkeit. So blieb es denn bei den Hungerlöhnen, die bei
einem Luchschere täglich etwa 90 Pf. betrug; Kartoffeln, Schwarz-
brot, das der Qualität des Gefängnisbrotes um mindestens ein
Drittel nachstand, und Rassewasser waren die Nahrung der Arbeiter-
schaft. Skrupulose, schwächlicher Körperbau waren Folgeerscheinun-
gen. Schnaps wurde begehrtes Genußmittel der Arbeiter; er
half über Sorgen und Schwächezustände hinweg. Die frommen
Unternehmer aber erklärten: „Wenn die Arbeiter mehr erhalten,
dann verkaufen sie mehr“, oder: „Sie werden üppig und verlieren
die Lust zum Arbeiten“. Sie selbst verteilten indes Dividende
der Höhe von 15 bis 20 Proz.

Unter der Arbeiterschaft besteht auch eine einheitliche Auffassung in der Richtung, daß die deutsche Regierung alles tun müsse, um zu Verhandlungen zu kommen und daß vor allen Dingen Mittel hierfür gemacht werden müßten, die zu Reparationszwecken bereitgestellt würden. Sie sind der Meinung, daß nur dann, wenn Deutschland den ernststen Willen zeigt, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, auch wirkliche Verhandlungen in die Wege geleitet werden können. Hierzu sei aber in erster Linie notwendig, daß diejenigen Kreise, die die Mittel besitzen, dieselben auch der Regierung zur Verfügung stellen. Die Arbeiterschaft im besetzten Gebiet ist ebenfalls entschlossen über die von der Regierung und den bürgerlichen Parteien betriebene Steuerpolitik. Diese Steuerpolitik sei nicht geeignet, im Zustande der Auffassung zu stärken, daß es der deutschen Regierung damit ernst sei, die Reparationsverpflichtungen zu erfüllen. Die Reparationsverpflichtung, wenn sie Deutschland erfüllt, soweit dies im Rahmen der deutschen Volkswirtschaft möglich sei, sei geeignet, den Völkerhaß zu beseitigen und zu beseitigen.

Bei der Befestigung einiger Zechen wurde uns von dem Betriebsrat einer Zeche die Anregung mit auf den Weg gegeben, auf die Regierung dahingehend einzuwirken, daß, solange Franzosen und Belgier das Ruhrgebiet besetzt halten, überhaupt keine Kohle mehr zu fördern sei, sondern an Stelle der Kohlenförderung die Schächte auszubauen und die großen Mängel, die heute noch jede produktive Gestaltung der Arbeit verhindern, zu beseitigen. Man würde damit erreichen, daß zunächst einmal die Schächte der Erde nicht den fremden Eindringlingen in die Hände fielen, und zum anderen würde man aber auch die spätere Arbeit viel produktiver gestalten können.

Nicht ganz so einheitlich wie im Ruhrgebiet ist die Stimmung in dem unbefestigten Gebiet, vor allen Dingen in Aachen. Dort wurde uns berichtet, daß leider kommunistische und sozialistische Arbeiter in belgische Dienste getreten wären. Die Belgier verwenden diese Leute als Zollinspektoren an der holländischen Grenze.

Der Militarismus ist der Beherrscher der besetzten Gebiete. In seinen Maßnahmen zeigt sich die ganze Kultur- und Volkseindlichkeit derselben. Ohne Zweifel erzeugt das Vorgehen des französischen und belgischen Militarismus einen ungeheuren Haß, einen Haß, der sich nicht auf jene Nationen ausdehnt, in deren Auftrag das Militär in die besetzten Gebiete eingedrungen ist. Der Militarismus ist die Quelle des Nationalitätenhaßes. Daß der Kampf im Ruhrgebiet nationalistische Wellen erzeugt, ist klar.

Die Franzosen betreiben selbstverständlich auch eine starke Propaganda unter der Bevölkerung der besetzten Gebiete, sei es durch Plakatanschläge, in Rundgebungen an besonderen hierzu angebrachten Tafeln nach der wohlbekannten Art der Kriegserlässe; zum anderen aber verteilten sie auch unter der Bevölkerung eine große Anzahl von Broschüren und sonstigen Pressezeugnissen. Sie versuchen damit die Bevölkerung für sich zu gewinnen. Obwohl manche dieser Pressezeugnisse sehr geschickt abgefaßt sind, so werden sie doch die beabsichtigte Wirkung nicht erreichen können. Auf der anderen Seite kann von einer Pressefreiheit nicht mehr geredet werden. Die Presse des besetzten Gebietes ist völlig unterdrückt. Sie unterliegt der Zensur der Franzosen und Belgier. Die deutsche Presse kann deshalb ihre Aufgabe nicht erfüllen. An eine Befreiung dieses Zustandes ist jedoch gegenwärtig nicht zu denken. Dazu kommt noch, daß die Franzosen nicht nur den Hersteller und den Verbreiter von Pressezeugnissen, die ihnen nicht genehm sind, bestrafen, sondern sie haben auch hohe Strafen ausgesetzt für diejenigen, die irgendein Pressezeugnis in ihrem Besitz haben, welches sich gegen die Franzosen richtet.

Vor der Klärung.

Der Reichszankler Cuno ist krank. Man sagt, er leide an einer Nierenfellentzündung. Offenbar bekam ihm München schlecht. Der normalste Mensch kriegt dort seinen Anats ab, wenn er sich allzu unbekümmert und harmlos den Einflüssen der Atmosphäre Hitlers und der vaterländischen Verbände hingibt. Cuno ließ die notwendige Vorsicht außer acht. Er hielt Reden, die sogar den „Münchener Neuesten Nachrichten“ gefielen; diese Zustimmung freilich war für das reichszanklerische Rippenzwei. Es fing an, sich zu entzünden, und es läßt sich schwer vorhersehen, ob es zu fiebern aufhören wird, solange der arme Kranke noch in der Wilhelmstraße wohnt. Das Klima der Wilhelmstraße ist durchaus nicht gesund; manche Krankheiten, an denen man in der Wilhelmstraße zu Welt liegt, pflügen erst dann wieder zu verschwinden, wenn ein gründlicher Ortswechsel vorgenommen wurde.

Der Auswärtige Ausschuss, der auf Verlangen der Sozialdemokratie einberufen worden war, zeigte sich samariterlich und menschlich. Er ließ Cuno bei Wärmflasche und Arzneiglas; er verzichtete darauf, von Herrn Cuno selbst zu hören, was er denn nun eigentlich in München gefagt hatte oder hätte sagen wollen. Der Reichsaussenminister, der freilich in München selbst nicht dabei gewesen war, sollte die Auslegung der Cuno-Rede vornehmen. Er tat es. Wir wissen nun: Der passive Widerstand soll nur ein Mittel sein, um die Erfüllungspolitik unter den früheren Voraussetzungen wieder aufnehmen zu können; interaktivierte Vorhänge oder Regelungen finden in Berlin immer bereitwilligste Aufnahme. Zwar sagte Cuno: „Genug des Geredes über Verhandlungen.“ Er hatte recht. Besser als das Gerede über Verhandlungen ist das unmittelbare Verhandeln. Die Münchener Helden, die den aktiven Widerstand befürworten, wickeln sich aus dem entstehenden Chaos ein souveränes Bayern loslösen könnte, werden die Ohren spitzen. So halten sie doch Cuno wirklich nicht verstanden. Aber sie werden die authentische Auslegung, die Herr v. Kosenberg gab, wohl gelten lassen müssen. Die Konsequenzen, die sie daraus ziehen werden, bleiben abzuwarten. Daß Hitler nicht mit sich spazieren lassen will, deutet er durch seine Reden und Taten an. Die Novemberverbrecher möchte er baldmöglichst baumeln sehen. Er wäre nicht so langmütig, wie es die Republik ist. Er würde den politischen Gegner nicht gewähren lassen; er würde ihn aufhängen. Wenn dann die Marxisten ausgerotet sind, dann soll das Reich vom „äußeren Feind“ gereinigt werden. Du lieber Himmel, das ist auch eine Politik. Wo man das Hofbräuhausbier aus vollen Fässern säuft, kann sie unmöglich besser und klüger sein. Und übrigens spielt hier Vernunft oder Unsinn keine Rolle; man hat ja die Waffen. Kann man sich mit seinen Hundertschaften nicht geradezu alles erlauben? Man steht den Stahlhelmen auf und erreicht damit eine Schädelhärte, die Mauern gefährlich werden kann. Die Feldübungen ergeben zu großen Taktikern und Strategen; schon ist man in den Rünsten der Taktik und Strategie so weit, daß man seinen kriegerischen Aufmarsch gegen die republikanische Staatsform vollziehen kann, ohne daß die bayerische Regierung auch nur das geringste ahnt oder sieht. Die bayerische Regierung ist allerdings völlig in Anspruch genommen durch die Jagd auf Kommunisten. Der Augsburger Oberstaatsanwalt Kraus, der Verantwortliche für den schmachvollen Strafvollzug an den Niederhörsfelder Gefangenen, eröffnet ein Hochverratsverfahren nach dem andern gegen kommunistische Unfluchswürmer; die wahren Landesverräter aus der Umgebung des Dr. Heim läßt er dagegen in Ruhe; sie zu erzürnen, würde sich in Bayern an jeder staatsanwaltschaftlichen Karriere bitter rächen. Die „Ordnungszelle“ hat nun einmal ihre ganz besonderen Geseße; für Sozialisten und Re-

publikaner ist es dort lebens- und freiheitsgefährlich. Selbstamer-weise nimmt der Reichsinnenminister daran nur geringen Anstoß; er läßt sich weit aus mehr durch den Republikhaß beunruhigt, der in Thüringen und Sachsen erzieht. Es möchte für ihn sehr bitter gewesen sein, von der thüringischen Landesregierung hören zu müssen, daß sie so lange die Schutztruppen der Republik nicht per-mittieren werde, als Bayern seine Kampftruppen gegen die Republik begünstigt. Jetzt spüren sie, wie unerträglich die föderalistischen Rückschlüsse in der Weimarer Verfassung eigentlich sind. Es fehlt uns die Rechts- und Verwaltungseinheit. In Bayern werden Republikaner und Sozialisten unterdrückt; in Sachsen ist der Einfluß des Bürgerturns ausgeschaltet, in Preußen ist ein Ausgleich der Kräfte hergestellt. In Bayern folgt ein Justizmord an Republikanern dem anderen; in Leipzig ist man fast allzu gerecht auch den verbrecherischsten Reaktionsären gegenüber. In dieser Uneinheitlichkeit der innerpolitischen Lebensäußerungen liegt eine ganz verhängnisvolle Schwächung des Reichkörpers. Es war ein Unglück der November-tage 1918, daß sie nicht gründlich mit dem ganzen altmodischen Vandalismus ausgeräumt haben; wenn wir nicht jetzt noch fertigbringen, was damals verfaulend wurde, dann wird der Prozeß der Kräfte-verengung durch innerstaatliche Reibungen kein Ende nehmen. Da geht auch die Liebhaber der „bayerischen Staatspersönlichkeit“ nach dem Reich rufen, um Seevering und der sächsischen Regierung in den Arm zu fallen, kann niemand mehr daran zweifeln, daß der Föderalismus kein Prinzip, sondern nur ein Vorwand ist, hinter dem man seine reaktionären Hochverratspläne versteckt. Da sind Stimpfschleier und zarte Rücksichtnahme durchaus nicht am Platze; wenn Herr Cuno bei seinem Abschied aus München: „Hoch die deutsche Republik!“ gerufen hätte, so hätte er die Reichsinteressen besser gefördert als mit seinem Rufe: „Hoch Bayern!“ Es gibt wohl kaum einen wahrhaft guten Deutschen, der heute in diesen Ruf ein-stimmen möchte.

Während Cuno auf die Gesundung seiner politischen Rippen hofft, nahm Seevering den Kampf gegen die Werdororganisationen und Dis-tanzanhänger auf. Zweifellos griff er wacker zu. Wenn es ihm gelingt, diesen Offiziersbänden und Studentenvereinen, diesen Re-nalverhelden und Gistmischern das Handreich zu legen, dann gebührt ihm der unbestrittene Ruhm eines Retters der Republik. Seine Verdienste werden um so größer sein, als das scharfe Vorgehen gegen diese militärischen Gewalttäter uns eine gute Stellung für die Schlussverhandlungen des Ruhrkonflikts schaffen wird. Im besetzten Gebiete erfüllen die Arbeiter gegen die französische Gewalttät ihre Pflicht; sie wehren sich und beharren bei ihrem passiven Wider-stand. Im unbefestigten Gebiet ist es unsere Aufgabe, die deutsche Gewalttät mit allen ihren Wurzeln auszurotten. Angesichts dieser deutschen proletarischen Einheitsfront gegen die Gewalttät jeglicher Art wird niemand mehr befürchten können, daß unsere Forderung der Räumung des Ruhrgebietes berechtigt ist. Erst jüngst bestätigten dies französische und belgische Sozialisten. Ist diese Ueberzeugung Gemeingut der Welt, dann wird Frankreich die Räumung des Ruhr-gebietes nicht mehr verweigern können, falls wir nur irgendein Re-parationsangebot machen, das unserer Leistungskraft entspricht. Dabei möchten wir freilich wünschen, daß nicht Hugo Stinnes, der kürzlich in höchst wichtiger Mission in Rom weilte, der Unterhändler unserer Regierung ist, wir sind gewöhnt und wissen, daß Stinnes nur so weit die allgemeinen Reichsinteressen wahr, als seine privaten Geschäftszwecke davon Nutzen haben.

Moralische Abrüstung.

Die Erklärung der Arbeiterdelegierten Jouhaug, Dudgeest und Badland in der Abrüstungs-kommission des Völkerbundes.

Nr. 126. (S.B.) Am 9. Februar trat, wie bekannt, die zeitweilige gemischte Kommission des Völkerbundes für die Beschränkung der Rüstungen in Paris zusammen, um in erster Linie den Vertrags-entwurf Lord Robert Cecil über die gegenseitigen Bürgschaften zu beraten, den die Staaten miteinander schließen sollen, die eine Beschränkung ihrer Rüstungen vorzunehmen bereit sind. Man beschloß, daß eine besondere Untersuchungskommission diesen Entwurf studieren und der Kommission berichten solle, nachdem sie den Bericht der ständigen beratenden Kommission erhalten hat; letzterer Bericht soll spätestens bis zum 1. Mai der Unterkommission vorgelegt werden. Es bestand die Gefahr, bei der abnehmenden Haltung, die Bisiani und Schanzler gegenüber dem Entwurf Cecil einnahmen, daß der Vertragsentwurf einfach in der Versenkung verschwände. Vor diesem Schicksal hat ihn das tatkräftige Eingreifen der Arbeiter-delegierten bewahrt, die darauf hinwiesen, daß das Ansehen des Völkerbundes bei den Massen eine erhebliche Einbuße erleiden würde, wenn der Entwurf von Cecil nicht gründlich behandelt werden würde. Sie traten daher nachdrücklich für die Ueberweisung des Entwurfs an eine besondere Unterkommission ein.

Außerdem gab Jouhaug in der Sitzung vom 12. Februar folgende Erklärung ab: „Die von den organisierten Arbeitern fast aller Länder zur Vertretung der Arbeiterinteressen in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes gewählten und hier unterzeichneten Delegierten, die von diesem Amt auf Wunsch des Völkerbundesrats be-stimmt wurden, um an den Arbeiten der gemischten Kommission für die Beschränkung der Rüstungen teilzunehmen, betrachten es als ihre Pflicht, daran zu erinnern: „Die von den organisierten Arbeitern fast aller Länder zur Vertretung der Arbeiterinteressen in den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes gewählten und hier unterzeichneten De-legierten, die von diesem Amt auf Wunsch des Völkerbundesrats be-stimmt wurden, um an den Arbeiten der gemischten Kommission für die Beschränkung der Rüstungen teilzunehmen, betrachten es als ihre Pflicht, daran zu erinnern:

daß die Arbeiten der zeitweiligen gemischten Kommission für die Beschränkung der Rüstungen von keinerlei praktischem Wert sein können, wenn sie nicht an eine Situation der moralischen Abrüstung anknüpfen können; daß zu den Bedingungen, die geeignet sind, diese moralische Abrüstung herbeizuführen, die Förderung der Zusammen-arbeit der Nationen gehört, um diesen, nach dem Wortlaut von Absatz 1 der Einleitung des Völkerbundspaktes, „Frieden und Sicher-heit zu garantieren“;

daß die gegenwärtige Lage in Europa einer Zusammenarbeit und Verwirklichung der moralischen Abrüstung, die einer tatsächlichen Abrüstung vorausgehen müsse, günstig sei;

und daß es angesichts dieser Situation Pflicht des Völkerbundes ist, Mittel und Wege zu suchen, um diese moralische Abrüstung zu ermöglichen, zumal der Völkerbund den Zweck hat, nach dem Wort-laut des Teiles XIII des Friedensgesetzes, „den allgemeinen Frieden zu ertüchtigen“;

daß zu allem die Generalversammlung von 1922 seinem Willen in dieser Hinsicht feierlich Ausdruck gegeben hat durch Annahme des Antrages Nr. 6.

Aus allen diesen Gründen stellen wir an die zeitweilige gemischte Kommission das Ersuchen, diese Erklärung im Protokoll aufzunehmen, damit der Völkerbundsrat von ihr Kenntnis nehmen und entsprechend Gebrauch machen kann.“

Diese Erklärung wurde auf Beschluß der Kommission in das Pro-tokoll aufgenommen. Es ist dadurch dem Völkerbundsrat angebe-meldet, ob er auf diese Anregung der Kommission zurückgreift und sie zum Anlaß nimmt, das Reparationsproblem, das durch die Be-setzung des Ruhrgebietes zu einer akuten Gefahr für den Frieden geworden ist, in seiner nächsten Sitzung auf die Tagesordnung zu bringen.

Die internationale Protestbewegung gegen die Ruhrbesetzung.

(S.B.) Die dänische Gewerkschaftsbewegung nimmt lebhaften Anteil an einer Unterstützungsaktion zugunsten der Aufnahme von Arbeiterkindern des Ruhrgebietes im Auslande. Man hofft, etwa 2000 deutsche Kinder in Dänemark unterbringen zu können.

In der Sitzung des Exekutivkomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 1. März wurde gleichfalls beschloffen, eine Aktion zugunsten der Kinder des Ruhrgebietes in die Hand zu nehmen.

In England haben sich die Postler-Gewerkschaft und der Verband

der Lebensmittelarbeiter der internationalen Protestbewegung der Arbeiter gegen die Ruhrbesetzung angeschlossen.

Wie das Aussenministerium (Tschekoslowakei) meldet, hat die polnische Gewerkschaftszentrale an alle Kreisverbände ein Rund-schreiben gefandt, in dem die Ruhrbesetzung eine Gefahr für den euro-päischen Frieden genannt und die Notwendigkeit einer internationalen proletarischen Aktion hervorgehoben wird.

Was die Vereinigten Staaten angeht, ist namentlich die von der Gewerkschaftszentrale in Chicago angenommene Entschloßung zu er-wähnen, in der die Besetzung des Ruhrgebietes als ein unmoralischer, nicht zu rechtfertigender Akt erklärt und von der amerikanischen Re-gierung verlangt wird, dem Wunsch der deutschen Arbeiterschaft ge-mäß einen Vermittlungsversuch zu unternehmen, um dem Ruhr-abenteuer ein Ende zu machen.

Am 20. Februar fand überdies in Chicago ein von der sozialistischen Partei einberufenenes Protestmeeting statt. Des weiteren ist noch an die vom Sozialisten Victor L. Berger im amerikanischen Kongreß ab-gegebene Erklärung zu erinnern, der sich ausdrücklich für eine Inter-vention der Vereinigten Staaten einsetzte.

Die Besetzungsliteratur wurde um eine aus der Feder des Vor-sitzenden des belgischen Eisenbahner- und Postlerverbandes stammende Broschüre bereichert. Die Broschüre führt den Titel: „La Verité sur l'occupation de la Ruhr.“ (Die Wahrheit über die Ruhr-besetzung.) Die in einer Massenausgabe verbreitete Broschüre ist dazu bestimmt, die belgische Arbeiterschaft über die wahre Bedeutung der von der französischen und belgischen Regierung verfolgten Besetzungs-politik zu unterrichten.

Herabsetzung der Hausbrandkosten.

Der heurige milde Winter geht seinem Ende entgegen. Die meisten haben ihn noch mit verhältnismäßig billig eingekauften Brennstoffen überdauert. Mit Grauen aber blicken wir schon heute dem nächsten Winter entgegen, und die Sorgen des einzelnen vervielfältigen sich für die großen Geschäftshäuser und die staatlichen und städtischen Verwaltungen, deren Heizkosten in die Milliarden gehen. Nach einem Bericht über seine „Arbeiten auf dem Gebiete der Brennstoff-ausnutzung in häuslichen Feuerstätten“, den der Reichskohlenrat soeben herausgegeben hat, beträgt der Gesamtwert der allein in öffentlichen Gebäuden und Anstalten jährlich verfeuerten Hausbrand-brennstoffe nach den gegenwärtigen Preisen rund 600 Mil-lionen Mark.

Der Reichskohlenrat hat sich, wie aus diesem Bericht hervorgeht, nicht darauf beschränkt, die Brennstoffpreise, widerstrebend und der Geldentwertung folgend, heraufzusetzen, um den Kohlenbergbau, die Grundlage unserer gesamten Wirtschaft, leistungsfähig zu erhalten — derselbe Reichskohlenrat hat auch alles in seiner Macht Strebende getan, um jedem einzelnen und jeder Körperschaft die Wege zu weisen, mit so wenig Brennstoffen auszukommen wie möglich und dadurch die Heizkosten sehr stark zu verringern.

Es handelt sich dabei im Augenblick weniger darum, unsere Heiz- und Kochanlagen technisch zu verbessern. Wer das Geld dazu hat, kann sich schon heute höchst vollkommene Heiz- und Kocheinrichtungen kaufen. Die wenigsten haben aber hierzu die nötigen Mittel. Es handelt sich also hauptsächlich darum, die vorhandenen Heiz- und Kochanlagen, so unvorteilhaft sie auch sein mögen, so zu behan-deln, daß sie mit weniger Brennstoffen die gleiche Wärme, ja mehr Wärme als bisher nutzbar abgeben. Brennstoffersparnis kann man sich nicht kaufen, sondern man muß sie lernen und üben, gerade so wie die besten Werke einem die Gesundheit nicht verleihen können, wenn man nicht selbst gesundheitsgemäß lebt.

Ganz ähnlich wie die beharrlichen jahrzehntelangen Bemühungen unserer führenden Hygieniker den Gesundheitszustand unseres Volkes gehoben haben, so sind jetzt auch unter der Führung des Hausbrand-ausschusses beim Reichskohlenrat Tausende von Kräften an der Arbeit, um unserem Volke verständnisvolle Selbsthilfe im Kampfe gegen die Brennstoffnot zu ermöglichen. Die Tätigkeit des Reichskohlenrats hat nun nicht etwa darin bestanden, die vielen „Wertblätter“ und „Richtlinien“ für sparsames Heizen, die es gibt, um einige weitere zu vermehren. Derartige allgemeine Wertblätter haben verhältnis-mäßig geringe Wirkung; nur wenn sie in jedem Fall auf die örtlich ganz verschiedenen Bedingungen besonders zugeschnitten sind, nutzen sie. Der Hausbrandauschuss des Reichskohlenrats hat daher einen viel wirksameren Weg eingeschlagen: sein Bericht ermöglicht es allen den vielen, die noch gar nicht wissen, wo und wieviel Per-sönlichkeiten und Aufklärungsstellen in den heiztechnischen Fragen zur Verfügung stehen, sich ihrer ohne weiteres zu bedienen; neben einer knappen allgemeinen Uebersicht über die ersichtlich zahl-reichen Arbeiten auf diesem Gebiet stellt der Bericht einen Wegweiser zur unmittelbaren Fühlungnahme mit den heiztechnischen Organi-sationen dar, deren genaue Adressen in einem besonderen Ver-zeichnis zusammengestellt sind. So ermöglicht er die vor allem wichtige Einwirkung von Mensch zu Mensch. Bekannt ist ja auch, daß aus der gleichen Gesichtspunkte heraus der Reichs-kohlenrat seit einigen Monaten mit eifriger Unterstützung der Unter-richtsministerien und der Lehrerschaft die Pflege des Sinnes für das Haushalten mit Wärme im Schulunterricht (ohne Einflügung neuer Lehrfächer!) bewirkt. Alle diese persönliche Wirksamkeit findet Unterstützung in dem Verzeichnis der einschlägigen gemeinver-ständlichen Schriften, das ebenfalls dem vorliegenden Be-richt angefügt ist.

Ganz besonders wichtig aber ist die eindringliche Warnung, die in dem Bericht an alle Behörden gerichtet wird, die berühmten deutschen „Zuständigkeitsfragen“ auszuschalten und von jetzt ab überall die Sachverständigen zur ständigen Ueber-wachung des Heizbetriebes unserer öffentlichen Gebäude und Anstalten in der Weise hinzuzuziehen, wie es bei einigen Reichsbehörden und in einigen Städten und Provinzen schon jetzt geschieht: „Heiztechniker an die Front!“ Vor allem die Abgeordneten der Gemeinde-, Kreis-, Provinzial- und Landesvertretungen müssen darauf halten, daß die vielfach ganz un-verantwortliche Vergewendung öffentlicher Gelder durch nachlässigen Heizbetrieb aufhört. Wir wir hören, wird der Bericht des Reichskohlenrats allen örtlichen und bezirklichen Ver-waltungsbehörden zugehen. Wir müssen im Interesse unserer Volks-gesundheit dringend fordern, daß er beherzigt wird. Der Bericht ist für jedermann bei der Geschäftsstelle des Reichskohlenrats, Berlin W. 62, Wichmannstr. 19, gegen Entsendung von 300 Mk., für Körper-schaften kostenfrei, erhältlich.

Der Anschlag der Industrie und ihrer Regierung auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Von Kurt Lehmann, Berlin.

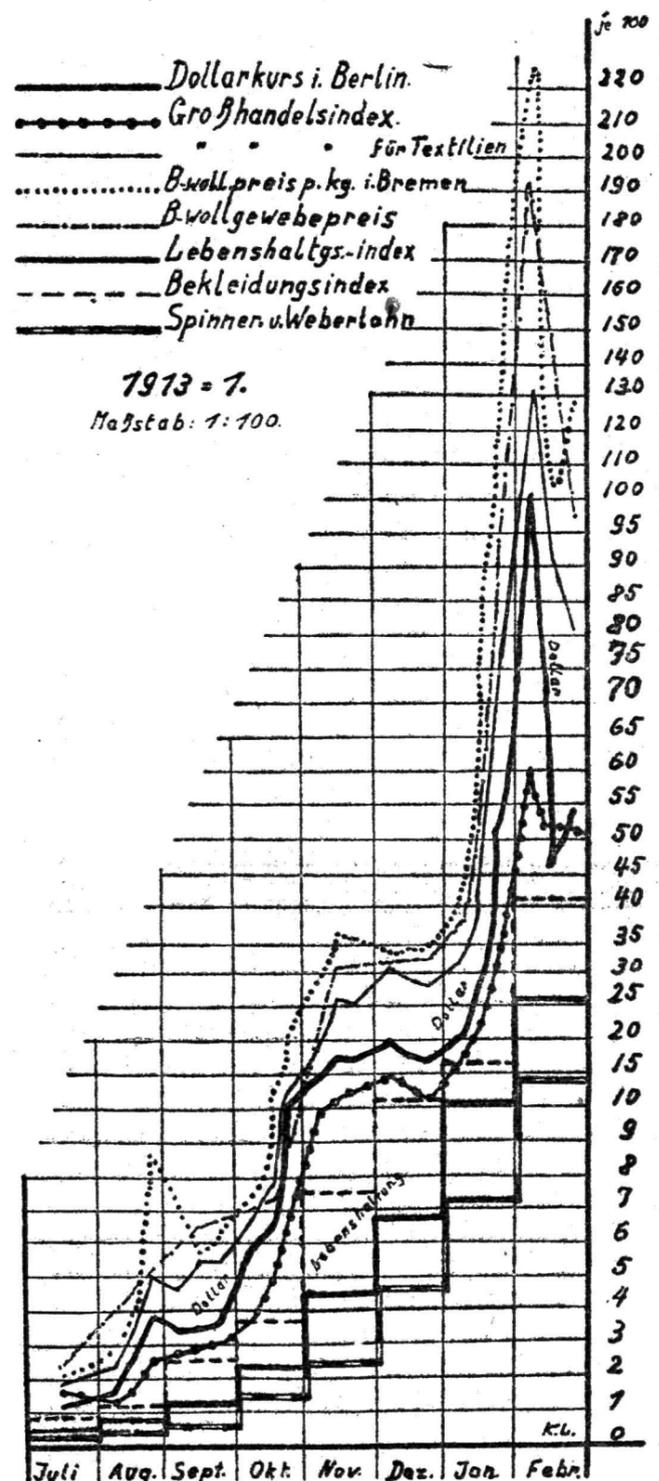
Mit begreiflicher Erregung wurde von der gesamten Arbeiterschaft bei am 6. März durch W.B. verbreitete amtliche Rundgebung der Reichsregierung aufgenommen. Diese Rundgebung betonte die Notwendigkeit eines Preisabbaues und schloß mit folgenden Sätzen: „Soll dieses Ziel erreicht werden, dann ist es freilich auch dringend nötig, daß die Preiswelle nicht durch Lohnerhöhungen auf neue in Bewegung gesetzt wird. Erfreulicherweise wächst die Erkenntnis, daß höhere Papierlöhne nicht ohne weiteres eine Verbesserung der Lebenshaltung zur Folge haben, wohl aber immer die Warenpreise steigern. Mögen alle an der Regelung der Lohnerhältnisse Beteiligten daraus die richtigen Lehren ziehen.“

Selbstverständlich waren „alle an der Regelung der Lohnerhält-nisse Beteiligten“ auf Unternehmensebene sofort bereit, aus dieser Rundgebung „die richtigen Lehren zu ziehen“. War es bis dahin

schon äußerst schwer, die Arbeiter durch Lohn-erhöhungen" einer geringen Ausgleich mit den ins Ungemeine gestiegenen Lebenshaltungskosten zu verschaffen, so wurde es nach der amtlichen Rundgebung nahezu unmöglich. Allenfalls im Reich scheiterten die Lohnverhandlungen an der „nationalen Einheitsfront“ der Unternehmer, und nur in einigen Bezirken war es möglich, mit Hilfe der Schlichtungsstellen Lohnverhöhungen zu erreichen, die aber in keinem Verhältnis zur Teuerung stehen.

Angeht es dieser Tatsache ist wohl eine Untersuchung darüber angebracht, wie weit sich die Löhne den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepaßt haben. Das Ergebnis dieser Untersuchung zeigt das nachfolgende Diagramm.

Der Lohnkurve sind zugrunde gelegt die tariflich festgesetzten Akkorddurchschnittslöhne der Spinner und Weber in vier wichtigen Bezirken der Baumwollindustrie (Münsterland, Baden, Südbayern und Schlesien) im Monatsdurchschnitt. Als Maßstab der Teuerung dienen die Reichsindexzahlen für die Lebenshaltungs- und Bekleidungskosten, als Vergleichsfaktoren sind angenommen: amtlicher Dollarkurs in Berlin, Großhandelsindex und Großhandelsindex für Textilien, Baumwollpreis pro Kilogramm fußt mittling in Bremen und Baumwollgewebepreis pro Meter 88 Zentimeter 13/18 a 20/20 in Frankfurt a. M.



Das Diagramm zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie sehr die Löhne im allgemeinen Weltreum mit dem Dollar zurückgeblieben sind. Während sie im Juli 1922 immerhin noch 92 Proz. der Lebenshaltungs- und 61 Proz. der Bekleidungskosten betragen, ist dieser Anteil bis zum Februar 1923 bis auf 55 bzw. 35 Proz. zurückgegangen! Nach dieser Richtung wird dieses Verhältnis, wenn man in Betracht zieht, daß der amtliche Lebenshaltungsindex auf Grund eines Lebenshaltungsniveaus berechnet wird, das ungefähr dem Hungerniveau der Kriegszeit entspricht. (Vergleiche auch die Schlüsselfälle des Artikels „Goldmark-Dividende“ in Nr. 13. D. Red.)

Während die Arbeiterkraft mehr und mehr im Elend versinkt, haben es die Unternehmer verstanden, die Preise für die Erzeugnisse rechtzeitig dem Dollarkurs entsprechend zu „veredeln“. Vor allem aber unsere Textilbarone. Die Tabelle zeigt uns, daß der Großhandelspreis für Textilien bedeutend stärker gestiegen ist als selbst der Dollar! Bei Würdigung dieser Tatsache muß das Unterfange der Reichsregierung, zugunsten der Industrie in die Lohnpolitik einzugreifen, geradezu als — na sagen wir ein wenig beschönigend — ein Unrecht an der Arbeiterschaft angesehen werden. Oder glaubt man in Regierungskreisen wirklich, auf der Basis niedriger Löhne eine Gesundung der Wirtschaft herbeiführen zu können? Ist die Tatsache, daß in Deutschland 15 Millionen Menschen unterernährt sind, wirklich so unbedeutend, daß man sich in der Wirtschaftspolitik kaum beachtet? Eine Gesundung der Wirtschaft ist unmöglich, solange die Arbeiterschaft darbt und hungert. Der Arbeiter kann nur soviel Kraft für die werkschaffende Arbeit anwenden, als er dem Körper, als dem Kraftmotor der menschlichen Arbeit, neue Energien zuführen kann. Da dies aber bei den bis auf die Hälfte des Vorkriegesstandes gesunkenen Reallohnen nur in immer geringerem Maße geschehen kann, muß naturgemäß die Arbeitsleistung mehr und mehr sinken. Alle Erörterungen über die Gesundung der deutschen Wirtschaft durch Produktionssteigerung sind leeres Geschwätz, solange der Arbeiterschaft nicht genügende Kraftzufuhr für ihre werkschaffende Tätigkeit durch Sicherstellung eines ausreichenden Reallohnes gewährleistet wird — mehr Menschenökonomie also, ihr Herren von der Reichsregierung und ihr Industriemagnate!

Die Arbeitskraft ist das höchste Gut eines Volkes. Man sollte annehmen, daß dieses höchste Gut, das nach der Weimarer Verfassung unter dem besonderen Schutz des Staates steht, ent-

sprechend bewertet wird. Weit gefehlt! — Herr Wirtschaftsminister Becker-Hess als der Spiritus rector der besagten amtlichen Rundgebung, ist läßt genug, die wertvollste Substanz der deutschen Wirtschaft zu vernichten, um den Wünschen seiner Auftraggeber, der Industriellen, nachzukommen. Zu den Riesengewinnen, die der Industrie aus der Valuationsinjunktur der letzten Jahre erblühten, zu den Milliarden, die der Industrie aus der Steuerhinterziehung, zu den Millionen, die neue Gewinne gehäuft werden durch die Stabilisierung der gegenwärtigen Hungerlöhne. Nichts ist runder für Deutschland als die Meinung, die sich überall in der Welt unerträglich festgesetzt hat: daß gerade die kapitalträchtigsten Leute Deutschlands nicht entfernt den Anteil an den Staatskosten zahlen, zu dem sie ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß verpflichtet wären.

Die deutsche Arbeiterschaft leidet in furchtbarem Umfange unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Allein von der Mitgliedschaft unseres Verbandes waren Ende Februar 48,6 Proz. von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen. Das Verbreitungsgebiet der heutigen Wirtschaft tritt so recht zutage, wenn man bedenkt, daß Millionen deutscher Arbeiter keine Leibwäsche, keine Bettwäsche, kaum die notwendigste Bekleidung usw. besitzen und noch weniger die Mittel, um sich diese neu anzuschaffen zu können. Trotzdem aber entblödet sich der „Konfektionär“ in Nr. 21/22 nicht, von einem „Käuferfreud“ zu reden. Die Arbeiterschaft erwartet nichts sehnlicher als eine Gesundung vor allem der Preisverhältnisse, um die so dringend notwendigen Anschaffungen machen zu können. Vorbeugung ist auch hier die Herstellung der Kaufkraft der Volksmassen durch entsprechende Entlohnung. Automatisch würden durch die erhöhte Kaufkraft die Umfahzziffern erhöht werden und die Arbeitslosen- und Kurzarbeiterziffern sinken.

Abschließend können wir der Reichsregierung gegenüber behaupten, daß die Arbeiterschaft noch nie so ausgebeutet wurde, wie es im fünften Jahre der deutschen Republik durch die Industrie im trauten Verein mit der Regierung geschieht. Man täusche sich aber nicht: Jeder Versuch, die Kosten der Marktlückung auf die Arbeiterschaft abzuwälzen, wäre gleichbedeutend einer Kampfanlage auf Leben und Tod an die Arbeiterschaft.

Die Arbeitslosigkeit im Ausland.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit ist nicht zu bannen, solange es nicht gelingt, die Völker dieser Erde wieder zum friedlichen Nebeneinanderarbeiten zu bringen. Bierreinhalb Jahre nach dem angeblichen Ende des Weltkrieges gehen Millionen von Arbeitern müde und schreiend nach Arbeit, während der Mangel an allen Kultur- und Nahrung, Bekleidung und Bekleidung in aller Welt immer fürchterlicher wird. Wohl zeigt Amerika seit etwa Jahresfrist eine bemerkenswerte Besserung, als nach die Zahl der Arbeitslosen allein in den Vereinigten Staaten auf 3 bis 4 Millionen geschätzt wurde. Leider fehlen genauere Zahlen, um die Entwicklung des nordamerikanischen Arbeitsmarktes übersehen zu können. Die Nachrichten sind widersprechend, aber unverkennbar ist eine erhebliche Besserung eingetreten. Doch zeitweise sogar eine derartige Anspannung des Arbeitsmarktes eingetreten ist, wie gelegentlich zu lesen war, daß die Arbeitslosigkeit einem Arbeitermangel gewichen ist, ist höchst unwahrscheinlich. Neuere Nachrichten konstatieren ein erneutes Nachlassen der Beschäftigungszahlen und Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Dieses bestätigen auch die Zahlen aus Kanada, wo sich die Entwicklung zahlenmäßig an der Zahl der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder verfolgen läßt. Dezember 1921 und Januar 1922 waren dort 14 bis 16 Proz. der Mitglieder erwerbslos. Diese Zahl sank September auf 2,8 Proz., um von da ab wieder zu steigen. Ende November 1922 waren bereits wieder 6,2 Proz. der Mitglieder arbeitslos.

Genauere Zahlen liegen für Europa vor. Sie zeigen, daß nach wie vor die Völker von grauenerregender Arbeitslosigkeit geplagt sind, die die Arbeiter zu langamer aber sicherer Beseitigung führt. Nur wenige Dänen ragen aus diesem Ozean des Elends. Frankreich zählt verhältnismäßig wenig Arbeitslose, weil es Hunderttausende unter den Waffen hält und Kriegsdienst verrichten läßt und weitere Hunderttausende mit der Herstellung von Kriegsmaterial beschäftigt. Die Landwirtschaft nimmt viele Arbeitskräfte ab, so daß sogar ein durch einwandernde Ausländer gedeckter Bedarf entstanden ist. Hingegen kommt, daß beim Aufbau der zerstörten Gebiete zahlreiche Arbeitskräfte beschäftigt sind. Belgien zeigt eine erhebliche Besserung des Arbeitsmarktes. Seit Beginn 1921, wo rund 200 000 Arbeitslose und Kurzarbeiter festgestellt wurden, ist die Zahl bis Ende Dezember 1922 auf rund 26 000 gesunken, für das kleine Land eine trotzdem nicht unerhebliche Zahl. Die deutschen Zahlen sind bekannt. Die bis Mitte August 1922 anhaltende Hochkonjunktur, die sich auf den niederen Löhnen der deutschen Arbeiter aufbaute, weicht seitdem einer stärkeren Arbeitslosigkeit, die Ende Januar in einigen Industrien bereits zur Krise gesteigert ist. Zwar ist Ende Januar mit 4,4 Proz. erwerbsloser Gewerkschaftsmitglieder eine eigenartige Katastrophe noch nicht erkennbar. Aber einmal sieht man der Zahl der Vollerwerbslosen die schnell und stark steigende Zahl der Kurzarbeiter und weiter wird durch den französisch-belgischen Ueberfall auf das Wirtschaftsgebiet an der Ruhr der deutschen Wirtschaft ein Schlag verfehlt, dessen Auswirkung sich im Augenblick noch nicht zahlenmäßig übersehen läßt.

Die Lage des Arbeitsmarktes in den übrigen europäischen Staaten, soweit sich zahlenmäßige Nachweise erbringen lassen, zeigt folgende Uebersicht:

England zeigt, verglichen mit den Höchstzahlen im Mai und Juni 1921, als die Krise am schärfsten wirkte, eine Besserung des Arbeitsmarktes. Damals waren 2,1 Millionen (17—18 Proz.) der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten völlig erwerbslos; die Gewerkschaften zählten 22 bis 23 Proz. ihrer Mitglieder arbeitslos. Seitdem sind diese Zahlen langsam, aber im Dezember 1922, dem günstigsten Monat, waren noch 1 431 929 Versicherte (12,2 Proz.), von den Gewerkschaftsmitgliedern 14 Proz., arbeitslos. Im Januar 1923 ist die Zahl wieder auf 1 493 000 (12,7 Proz.), davon 1,23 Millionen Männer und 264 700 Frauen, gestiegen. Außerdem bezogen noch 60 147 Kurzarbeiter Erwerbslosenunterstützung. Seit mehr als zwei Jahren sieht die englische Volkswirtschaft vor der Aufgabe, von ihren rund 12 Millionen Versicherten dauernd durchschnittlich mehr als 1½ Millionen erwerbsloser Arbeiter zu unterhalten, ohne daß eine Lösung des furchtbaren Problems zu erkennen ist.

Die skandinavischen Länder zeigen wohl eine Besserung des Arbeitsmarktes, zeigen jedoch nach wie vor eine ungeheure Arbeitslosigkeit. In Dänemark, Schweden und Norwegen traf die Krise Ende 1920 ein und erreichte ihren Höchststand um die Wende der Jahre 1921 und 1922, als die dänischen Gewerkschaften 29 bis 33 Proz., die schwedischen 33 bis 35 Proz., und die norwegischen 24 bis 26 Proz. ihrer Mitglieder völlig arbeitslos zählten. Ende Oktober waren diese Zahlen auf 11,3, 15,0 und 11,6 Proz. gesunken. Seitdem zeigt sich ein erneutes Ansteigen der Arbeitslosigkeit. So waren Ende Dezember in Dänemark 20,3 Proz., in Schweden 21,7 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Schweden betrug am Jahresende 45 900. Neuere Zahlen für Norwegen liegen nicht vor.

Auch die Schweiz ist nach wie vor stark notleidend. Das Land, das in der ersten Hälfte des Jahres 1920 zwischen 3000 und 5000 Arbeitslose zählte, sah 1921/22 ein tristenhaft schnelles Ansteigen. Der Februar 1922 brachte mit fast 100 000 Arbeitslosen den Höhepunkt. Bis zum Oktober senkte sich diese Zahl auf 48 200, stieg von da an wieder und erreichte Ende Dezember wieder 53 463 Arbeitslose und 20 429 Kurzarbeiter. Ende Januar 1923 sind es 56 275 Arbeitslose und 19 868 Kurzarbeiter. Auch Italien zeigt eine ähnliche Entwicklung. Januar 1922 Höchststand mit 60 819 Arbeitslosen, dann ein Absinken bis zur Mitte des Jahres auf 318 000, um von da an wieder anzusteigen auf 382 000 Arbeitslose. Dazu traten noch Ende Dezember 42 600 Kurzarbeiter.

Für Holland liegen nur die Zahlen der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder vor, die das Weiterwüten der Arbeitslosigkeit

zeigen. Auch hier eine Besserung verglichen mit den Höchstzahlen Anfang 1922, als 20 bis 22 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos waren. Es zeigt sich eine erhebliche Besserung bis zum September, als immerhin noch 9,1 Proz. arbeitslos waren. Von da an steigt die Zahl erneut. Ende Dezember waren 14 Proz. der Mitglieder arbeitslos. Einschließlich 10 000 Kurzarbeitern waren von 332 000 Mitgliedern 52 519 nicht vollbeschäftigt.

Die Tschechoslowakei zeigt das Bild einer überaus ernstlichen, sich schnell steigenden Krise. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug am 1. Oktober 1922 232 390, am 1. November 266 964. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen wird für 1922 angegeben: Juni 56 600, Oktober 127 300, Dezember 141 000 und Januar 1923 mit 190 000.

Deutschösterreich ist seit der „Reorganisation“ seiner Finanzwirtschaft durch die Allierten in eine katastrophale Krise gestürzt, deren Ausgang unabsehbar ist. Das Land zeigte eine auf dem sinkenden Kronenwert basierende Hochkonjunktur, die mit der Stabilisierung zusammenbrach. Ende Oktober 1922 war die Zahl der unterstützten Arbeitslosen bereits auf über 57 000 gestiegen. Am Dezember zählte das kleine Land 91 237 Vollerwerbslose, davon allein 85 845 in Wien. Mitte Januar ist diese Zahl bereits auf 128 000 gestiegen, dazu treten jedoch noch 250 000 Kurzarbeiter. Neuerdings liegen auch aus Rußland genauere Nachrichten über den Umfang der Arbeitslosigkeit vor. Die steigende Finanzkrise hat die Sowjetregierung gezwungen, die ungeheuer überbesetzten Behörden stark abzubauen, die Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Aber die russische Wirtschaft kann die Entlassenen, obwohl das Land an allen Dingen bitter Not leidet, nicht aufnehmen, denn die Industrierente und der Handel sind in trostloser Verfassung und selbst zu weiteren Entlassungen genötigt. Nach einem am 17. Januar veröffentlichten amtlichen Bericht des Volkskommissariats für Arbeit registrierten am 1. Dezember 1922 Petersburg, Moskau und 77 Provinznachweise zusammen 243 950 Arbeitslose. Von diesen entfielen auf Petersburg 71 373, auf Moskau 55 353. Damit zeigt sich seit dem 1. Oktober ein Ansteigen der Gesamtzahl um 30 132, davon in Petersburg um 1750, in Moskau um 7339. Nach den Berichten herrscht besonders unter den höchstqualifizierten Facharbeitern und Technikern starke Arbeitslosigkeit, so daß die Sowjetregierung bereits Schutzmaßnahmen durchführen mußte, um einer Abwanderung vorzubeugen, die bei der ohnehin sehr beschränkten Zahl von Qualifikationsarbeitern die Schwierigkeit eines Wirtschaftsaufbaues unendlich steigern würde.

Kurzarbeiter- und Erwerbslosenfürsorge.

In Verbindung mit den erhöhten Sätzen für die vollen Erwerbslosen ist gleichzeitig eine Erhöhung der Unterstützungssätze für Kurzarbeiter am 19. Februar 1923 in Kraft getreten. Der § 9 der Erwerbslosenverordnung für Kurzarbeiter hat wichtige Änderungen erfahren. Wir lassen den Absatz wörtlich hier folgen:

„Erreichen in einer Kalenderwoche oder Kalenderdoppelwoche Arbeitnehmer infolge vorübergehender Einstellung oder Beschränkung der Arbeit die in ihrer Arbeitsstätte ohne Ueberarbeit übliche Zahl von Arbeitsstunden nicht und treten deswegen Lohnfürzungen ein, so erhalten die Arbeitnehmer, sofern 50 Proz. des Wochenarbeitsverdienstes (Doppelwochenarbeitsverdienstes) das 1½fache des Unterstützungsbetrags der Woche (Doppelwoche) bei vollständiger Erwerbslosigkeit nicht erreichen, Erwerbslosenunterstützung in Höhe des fehlenden Betrags, jedoch an Arbeitsverdienst und Erwerbslosenunterstützung zusammen nicht mehr als den Betrag des bisherigen Arbeitsverdienstes bei voller Arbeitszeit; § 6 findet mit der Maßgabe Anwendung, daß die Bedürftigkeit nicht zu prüfen ist. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, über den Arbeitsverdienst Auskunft zu geben und auf Erfordern der Gemeinden oder Gemeindeverbände die Errechnung und Auszahlung der Unterstützungskosten zu beforschen.“

Die Unterstützung darf nur für die sechs Wochentage gewährt werden und, ohne Familienzuschläge, die für die einzelnen Orte nach Maßgabe ihrer Zugehörigkeit zu den Ortsklassen A bis E vorgeschriebenen Höchstsätze nicht übersteigen. Maßgebend für die Einreihung der Orte in die Ortsklassen ist das Ortsklassenverzeichnis, wie es für die Gewährung von Ortszuschlägen für die Reichsbeamten aufgestellt ist.“

Zur besseren Uebersicht lassen wir hier die Tabellen über die Unterstützungssätze für die vollen Erwerbslosen und für die Kurzarbeiter folgen. Zurzeit wird gewährt:

Bei Vollerwerbslosigkeit	In den Ortsklassen				Kurzarbeiterunterstützung In den Ortsklassen			
	A	B	C	D u. E	A	B	C	D u. E
tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.	tägl. 1922.
1. f. männl. Personen:								
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen Leben.	1500	1400	1300	1200	2250	2100	1950	1800
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen Leben . . .	1300	1200	1100	1000	1950	1800	1650	1500
c) unter 21 Jahren.	900	850	800	750	1350	1275	1200	1075
2. für weibl. Personen:								
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen Leben . . .	1300	1200	1100	1000	1950	1800	1650	1500
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen Leben . . .	1100	1050	1000	950	1650	1575	1500	1375
c) unter 21 Jahren.	800	750	700	650	1200	1075	1030	975
3. die Familienzuschläge für:								
a) den Ehegatten . . .	700	650	600	550	1050	975	900	825
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	600	550	500	450	900	775	750	675

Wöchentlich erhält eine Familie ohne Kinder	18200	12300	11400	10500	19800	18150	17100	15750
mit 1 Kind	16800	15600	14400	13200	25200	22800	21600	19800
„ 2 Kindern	20400	18900	17400	15900	30600	27450	26100	23850
„ 3 „	24000	22200	20400	18600	36000	32100	30600	27900
„ 4 „ (Höchstunterstützung)	27000	25200	23400	21600	40500	37800	35100	32400

Die Familienzuschläge dürfen insgesamt nicht das zweifache der den Erwerbslosen oder Kurzarbeitern gewährten Unterstützung übersteigen.

An folgendem Beispiel soll klar gemacht werden, wie die Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung vor sich geht: Beispiel für einen Kurzarbeiter, der verheiratet ist und 4 un-mündige Kinder hat und in Ortsklasse A arbeitet: Der Eigenlohn betrug bei voller 48stündiger Arbeitswoche 60 000 Mark. Er arbeitet jetzt nur 24 Stunden und erhält 30 000 Mark. Lohn. 50 vom Hundert dieses Kurzarbeiterlohnes gleich 15 000 Mark. Erreichen nicht das 1½fache der Erwerbslosenunterstützung von 40 500 Mark. Die Differenz von 15 000 Mark. zu 40 500 Mark. erhält der

Kurzarbeiter als Zuschuß — gleich 25 500 Mk. — von der Gemeinde bezahlt.

Beispiel für einen männlichen 21jährigen Bedigen, der in Ortsklasse C arbeitet: Der Spighenlohn betrug 48 000 Mk. bei 48stündiger Arbeitswoche. Er arbeitet jetzt 36 Stunden kurz und verdient 36 000 Mk. 50 Proz. dieses Kurzarbeiterlohnes gleich 18 000 Mk. übersteigt noch das 1 1/2fache der Erwerbslosenunterstützung (das sind 6 mal 1650 gleich 9900 Mk.). Dieser Kurzarbeiter erhält keine Unterstützung. Würde er aber noch seine Mutter und zwei unterstützungsberechtigte Geschwister unterhalten, so beträgt das 1 1/2fache der Erwerbslosenunterstützung 23 400 Mk. (3 mal 750 Mk. mal 6 Tage und 9900 Mk.). Er würde dann 5400 Kurzarbeiterzuschuß von der Gemeinde erhalten.

Folgendes müssen sich die Kurzarbeiter merken: Im allgemeinen sind die Arbeitgeber verpflichtet, über den Arbeitsverdienst und die Kurzarbeit in dem Betriebe der Gemeindebehörde oder den Gemeindeverbänden Bericht zu erstatten. Es müssen in einer Liste aufgeführt werden, und zwar nach laufenden Nummern die Namen, der Beruf, das Alter der Person, ob männlich oder weiblich, ob eine eigene Wohnung bewohnt wird, oder Logis, bei Fremden usw., ob verheiratet, verwitwet oder ledig. Dann ist der Verdienst der Ehefrau oder bei Frauen der Verdienst des Ehegatten anzugeben. Der Verdienst der durch Nebenarbeit erworben wurde, die Anzahl der Kinder unter 14 Jahren und dann der Wochenverdienst bei voller Arbeitszeit. Ferner ist die täglich geleistete Arbeitsstunde bei verkürzter Arbeit nach Wochentagen und die Gesamtzahl der Arbeitsstunden in der verkürzten Woche anzugeben. Der Arbeitgeber ist weiter verpflichtet, den Wochenverdienst bei verkürzter Arbeitszeit (Bruttoverdienst ohne Abzüge) und dann den Gesamtverdienst der Antragswoche zu nennen. Die errechnete Zuschunterstützung zahlt der Arbeitgeber im Auftrage der Gemeindebehörde dem Kurzarbeiter nach geleisteter Quittung aus. Die Unterstützung kann rückwirkend vom 19. Februar 1923 an gezahlt werden. Alfred Peikert-Breslau.

Nachklänge zum Ludwigshafener Streik.

In aller Erinnerung wird der von kommunistischer Seite Ende vorigen Jahres inszenierte Streik in der chemischen Industrie in Ludwigshafen und Umgegend sein. Die Entlassungen dreier Teilnehmer am sogenannten „Reichsbetriebsrätekongress“ durch die Badische Anilin- und Sodafabrik war den kommunistischen Drahtziehern ein willkommener Anlaß, eine Machtprobe zu vollführen. Anfolge Terrors und sonstiger Druckmittel gelang es auch, ungefähr 50 000 Arbeiter in einen wilden Streik zu treiben, der, da die in Frage kommenden Gewerkschaften vollständig übergegangen wurden, von den letzteren nicht anerkannt werden konnte. Die am Streik Beteiligten haben infolgedessen große Entbehrungen erfahren müssen, da die von kommunistischer Seite gesammelten Gelder nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeckten. Die üblichen Schimpfanreden auf die Gewerkschaften, insbesondere auf den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, die während und auch nach Beendigung des Streiks in der kommunistischen Presse und auch in Flugblättern erschienen, waren unzählige. Lügen und Verdrehungen mußten dazu dienen, um einen Teil der Arbeiterschaft für die gewerkschaftliche Quertreibung einzufangen, was auch in beschränktem Maße gelang, so daß eine „Oppositionsorganisation“ das Licht dieser nicht schönen Welt erblickte. Mit dieser Gründung glaubte man den Verband der Fabrikarbeiter zerstören zu können. Phrasen und Maulheldentum sollten über die Hofsheit dieser die Einheitsfront angeblich propagierenden Elemente hinwegtäuschen.

Wie die Verhältnisse in Wirklichkeit liegen, beweist der Verlauf der kürzlich abgehaltenen Delegiertengeneralversammlung der Zahlstelle Ludwigshafen und Umgegend des Verbandes der Fabrikarbeiter. Einmütig stellten sich die Delegierten auf den Standpunkt des Verbandes und billigten die Haltung, die während des Streiks eingenommen wurde. Doch nicht nur die Delegierten, sondern auch die Mitglieder nehmen denselben Standpunkt ein. So berichtete ein Delegierter aus dem Bezirk Frankenthal, daß die Versammlung, in der der Streikbericht gegeben wurde, einstimmig den Angehörigen des Fabrikarbeiterverbandes das Vertrauen ausgesprochen hatte. Aus dem Bezirk Iggelheim wurde berichtet, daß dort infolge des Streiks 19 Austritte aus dem Verband zu verzeichnen waren. Unter den ausgetretenen Kollegen waren 15, die noch nie in einer Versammlung waren! Folgender Entschluß wurde von den Delegierten einstimmig zugestimmt:

„Die Delegiertengeneralversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Ludwigshafen und Umgegend, hat die Berichte der Funktionäre entgegengenommen und bringt zum Ausdruck, daß die Haltung und die Wirkung des Verbandes im verflochtenen Jahre durchaus einwandfrei und im Interesse der Kollegenschaft war. Sie verurteilt nachdrücklich aufs schärfste die Streikmache in Ludwigshafen, sie betont, daß die ablehnende Stellung der Funktionäre gegen den Streik richtig und aus gewerkschaftlichem Geiste geboren war. Die Delegierten sind ferner der Ansicht, daß die kommunistischen Organisationszerstörer, die nach dem Streik zur Gründung einer Oppositionsorganisation geschritten sind, hiermit lediglich den Interessen des Kapitalis Rechnung getragen haben. Damit hat sich dieser scheinrabiale Verein der Ausgeschlossenen in den Augen eines jeden denkenden und ehrlichen Gewerkschaftskollegen selber gerichtet.“

Daß die kommunistischen Gewerkschaftszerstörer durch die gemachten Erfahrungen klug werden, ist bei ihrer Einstellung trotzdem nicht anzunehmen.

Jugend.

Die Jugend und das Tanzen.

Es ist ein Vorrecht der Jugend, im fröhlichen Tanze ein Stück Lebensfreude zu finden. Vorweg soll gesagt sein, daß wir natürlich dem in heutiger Zeit leider noch immer geübten Brauch der ungeschönten Schieber- und Wackeltänze nicht das Wort reden wollen. Diese Tänze, die auf öffentlichen Tanzplätzen mit mehr oder weniger ungraziösen Gliedererkrankungen aufgeführt werden, sind nur darauf berechnet, sinnliche Begierden bei den Tanzenden zu wecken. Sie müßten unter Verweisung auf den Groben-Unsug-Paragrafen einfach verboten werden. Wahre Lebensfreude bringen die seit einigen Jahren in den Arbeiterjugendvereinen gepflegten Volkstänze. Man muß die freudestrahlenden Gesichter der Burtschen und Mädels bei der Aufführung von Volkstänzen gesehen haben, um beurteilen zu können, wie gern man sich derselben bedient und welche Lust und Fröhlichkeit diese hervorzubringen vermögen. Ein nicht unbedeutender Vorzug ist es auch, daß die Volkstänze besser im Freien zu tanzen sind als in einem stinkigen und staubgeschwängerten Saal. Zur Einlernung solcher Tänze wird ganz besonders ein Büchlein empfohlen, betitelt: „Volkstänze“, gesammelt von Gertrud Meyer. Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin, 1921. Man wähle die 5. Auflage. Unter anderen hübschen Tänzen, denen ein Sinn- und Reizwert beigemessen wird, wird besonders für die Textilarbeiterjugend der „Webertanz“ zur Einlernung empfohlen. Dieser Tanz ist in Skandinavien und Norddeutschland bekannt, und wird in Schleswig-Holstein noch heute getanzt. Das Schöne an dem Tanze ist, daß in ihm das Weben dargestellt wird. Beim Tanzen wird nach einigen Taktten der Rüssel mit dem Füßen gestampft und so die Geräusche des Webstuhls nachgeahmt. Dazu wird gesungen: „So weben wir die Leinwand. So weben alle fleißigen Weberinnen schnell ihre weiße Leinwand. Seht das Schiffchen, wie es durch die Kette hurtig hin und her fliegt!“ Die Rüssel dazu liefert am besten ein Harmonikaspieler, aber auch ein

Klavierspieler oder Mandolinen- und Gitarrenspieler: sind natürlich nicht zu verachten. Der Webertanz hat sechs Touren. Es ist eine große Anzahl von Paaren nötig, am besten sechs oder acht. Die Beschreibung des Tanzes in oben erwähntem Büchlein ist leicht verständlich. Eine nähere Erklärung der Schrittarten ist in dem Büchlein ebenfalls enthalten. Will man den Effekt des Tanzes erhöhen, so wähle man dazu die einfachste Kleidung, beispielsweise: die Burschen in Arbeitsjupon und Hemd mit blauer Schürze, niedrigen Lederschuhen und die Mädels in einfachem Rock und Jacke mit Arbeitschürze, ebenfalls niedrige Schuhe oder Lederpantoffel. Der Webertanz ist auch zur Aufführung in Elternabenden sehr zu empfehlen. Richtig aufgeführt, wird er überall nicht endenwollenen Beifall auslösen.

Aber auch die anderen Tänze, die in dem Büchlein mit enthalten sind, wie „Schiffertanz“, „Schustertanz“, „Erntetanz“ u. a. m. sind nicht minder schön. Alle diese Tänze hier näher zu detaillieren, würde natürlich zu weit führen. In allen unseren Jugendabteilungen, wo bisher Volkstänze noch nicht geübt wurden, mache man einen Versuch damit. Es wird sich immerhin lohnen. Nach des Tages Fast und Mühe wird unserer Jugend damit ein Stück Freude am Leben geschenkt werden.

Im Geiste hört Schreiber dieser Zeilen unsere alten Kämpfer und Mitstreiter zeteren: „Zum Tanzen, diesen Firtelanz, ist unsere Jugend nicht da! Sie soll etwas Gesehieses lernen! Ihr soll das im Kampfe ums Dasein nötige Wissen beigebracht werden!“

Nur gemacht, ihr alten Brummbarren! So unrecht habt ihr ja gewiß nicht. Aber — mit Verlaub: Durch das Tanzen im Freien sollen die Lungen geweitet werden, soll der durch die stinkigen und staubigen Fabrikluft gesundheitlich gefährdete Körper der Jugendlichen neu gestählt werden. Wir Alten wissen es ja alle: nur in einem gesunden Körper kann ein gesunder und zehrender Geist wohnen! Darum Volkstänze! Hugo Seyferl-Dresden.

Aus den Gewerkschaften.

Der Kongreß des Norwegischen Gewerkschaftsbundes.

Nr. 128. (SB.) Der 10. Kongreß des Norwegischen Gewerkschaftsbundes wurde am 4. März in Kristiania eröffnet. Es waren 230 Delegierte anwesend; außerdem nahmen Vertreter der dänischen, schwedischen, finnischen und deutschen Gewerkschaftszentralen an dem Kongreß teil. Auch die russischen Gewerkschaften waren eingeladen. Von Solowjow lag aber ein Telegramm vor, daß er und die anderen russischen Delegierten durch Krankheit am Erscheinen verhindert seien. Man bringt jedoch dieses Ausbleiben in Verbindung mit der Niederlage Bucharins auf dem Ende Februar abgehaltenen Parteitag der kommunistischen Arbeiterpartei Norwegens; man wolle die Russen nicht einer eventuellen neuen Niederlage in Frage des Anschlusses an die Rote Gewerkschaftsinternationale aussetzen. Die kommunistische Arbeiterpartei war ebenfalls vertreten. Ein Antrag, auch die sozialdemokratische Partei einzuladen, wurde mit 148 gegen 63 Stimmen abgelehnt.

Die erste zur Behandlung stehende Frage war die der Organisationsform. Schon vor drei Jahren abgehaltene Kongreß hatte sich mit dieser Frage beschäftigt und zur weiteren Prüfung der Frage eine aus neun Mitgliedern bestehende Kommission ernannt, die bestimmte Vorschläge ausarbeiten und vorlegen sollte. Nach den von der Kommission gestellten Vorschlägen sollten die bestehenden Verbände aufgelöst werden und eine straffe Zusammenfassung der örtlichen Gewerkschaften erfolgen. Diese örtlichen Gewerkschaftszentralen sollten dann im Gewerkschaftsbunde vereinigt werden. Vier Mitglieder der Kommission sprachen sich für den Industrierwerbungsplan aus.

Zu diesen Vorschlägen haben die angeschlossenen Verbände in der Zwischenzeit Stellung genommen. 15 Verbände mit 46 749 Mitglieder sprachen sich für und 17 Verbände mit 41 237 Mitglieder sprachen sich gegen diese Vorschläge aus.

Daraufhin arbeitete der Vorstand einen neuen Vorschlag aus, der dem Kongreß vorlag. Nach langer Debatte und nach Ablehnung verschiedener Abänderungsanträge wurde diesem Vorschlage mit allen gegen eine Stimme zugestimmt. Der Vorschlag sieht die Bildung von Industrieverbänden vor. Für jede Arbeitsstätte soll nur ein Verband zuständig sein. Wegen der Durchführung des Beschlusses sollen sofort Verhandlungen zwischen den in Betracht kommenden Verbänden eingeleitet werden. Diese Verhandlungen sollen von einem vom Kongreß gewählten Organisationsauschuß geführt werden. Eventuelle Streikfragen werden mit bindender Wirkung vom Vorstand des Gewerkschaftsbundes entschieden. Die Umgestaltung der Organisationen in Industrieverbände soll spätestens bis 30. Juni 1924 erfolgt sein.

Der Gewerkschaftsbund soll in seiner jetzigen Form beibehalten werden. Der Beitrag wurde um 10 Dere von 60 auf 70 Dere pro Mitglied und Monat erhöht. Von diesem Beitrag werden auch Zuschüsse an die Ortsauschüsse des Gewerkschaftsbundes für deren Tätigkeit geleistet.

Ein zweiter wichtiger Punkt war die Frage der internationalen Beziehungen des Gewerkschaftsbundes. Amsterdam oder Moskau. Die Frage soll spätestens bis Oktober 1923 entschieden sein.

Der Bericht über die Tätigkeit und über die gewerkschaftliche Lage sowie die im Anschluß hieran stattfindende Diskussion fand bei geschlossenen Türen statt. Ueber diese Verhandlungen liegen keine Mitteilungen vor.

Bei den Statutenberatungen kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen Mehrheit und Minderheit über die Frage der Beziehungen zur kommunistischen Arbeiterpartei.

Zum Vorliegenden wurde Die D. Lion mit 165 gegen 35 Stimmen, die auf den Vorsitzenden des Papierindustriearbeiterverbandes fielen, wiedergewählt.

Aus der Textilindustrie.

Aus der Textilindustrie des Auslandes. Das Ruhrabenteuer Frankreichs hat auf die industriellen Verhältnisse anderer Länder auch schädigend eingewirkt. Heinrich Göring untersucht in der Zeitschrift „Das deutsche Wollgewerbe“ (Nr. 24 vom 24. März) diese Einflüsse in bezug auf die Textilindustrie der außerdeutschen Länder. Er sagt u. a.: Frankreich selbst hat keinen Nutzen von der Ruhraktion. Das weitere Anziehen des englischen Pfundes und die damit hervorgerufene Entwertung des Franc treibt die Preise aller Einfuhren in Frankreich beträchtlich in die Höhe. Das gilt u. a. auch von der Rohseide. Die Preissteigerung ging hier besonders rapide vor sich. Auch in der italienischen Textilindustrie spiegelt sich die Ungewißheit der europäischen Lage wider. Besonders der Mailänder Rohseidenmarkt steht gänzlich unter dem Druck der drohenden Gefahr, daß die Lage im Ruhrgebiet sich nicht friedlich einrenken läßt. Auch die englische Textilindustrie hat ihre Sorgen. Nach Berichten aus Manchester vom 24. Januar 1923 erfolgt die Preiserhöhung für Baumwolle zu schnell, so daß die Spinner nicht Schritt halten können. Dies spiegelt sich natürlich in der Preisgestaltung der Produkte wider. Die Exportnachfrage ist nicht von ausgesprochener Natur. Gegenwärtig hat man mit zunehmenden Schwierigkeiten zu tun, um die geforderten Erhöhungen zu erhalten.

Aus Buenos Aires kommt die Kunde, daß die Strumpfwirker dort streiken. Agenten, welche Streikbrecher anwerben sollen, seien auf dem Wege nach dem Erzgebirge, um dort — wahrscheinlich unter Verschweigung der Tatsachen — Arbeitswillige anzuwerben. Gehe niemand auf den Leim. Falle niemand den kämpfenden Brüdern in den Rücken!

Soziale Rundschau.

40-Stunden-Woche der Damenschneider in New York.

Der Zeitung der amerikanischen Damenschneidergewerkschaft vom 23. Februar d. J. ist zu entnehmen, daß ein Streik der New Yorker Damenschneider mit vollem Siege endigte. Die 40-Stunden-Woche ist eingeführt worden. Sonnabends und Sonntags bleiben die Betriebe geschlossen. Die Akkordearbeiter erhalten 10 v. H. Lohnerhöhung; die gegen Wochenlohn Beschäftigten erhalten für jetzt 40 Stunden den gleichen Lohn wie bisher für 44 Stunden. Die Gewerkschaft hat durch die Bewegung viele neue Mitglieder gewonnen.

Wirtschaftliches.

Das englische Pfund besser als der Schweizer Franken.

Den Währungen ergeht es ähnlich wie der kapitalistischen Wirtschaft: heute geht es dem einen gut, morgen dem andern. In der letzten Woche erfolgte die Entthronung des Schweizer Franken; er ist recht tief unter die Goldparität gesunken, hell leuchtet dagegen die Sonne des englischen Geldes. War noch vor einem Jahr der Schweizer Franken, auf die Vorkriegsparität umgerechnet, um mehr als 14 Prozent besser als das englische Pfund und stand er noch Ende 1922 immer noch wesentlich besser als das letztere, so hat sich im März dieses Jahres das Verhältnis umgekehrt, und heute steht das englische Pfund näher zum Goldwert als der Schweizer Franken. Vor dem Kriege kostete ein englisches Pfund 25 Franken und 20 Rappen, heute muß man bereits 25 Franken und 50 Rappen für das Pfund zahlen. Das englische Geld wird seit einem Jahr durch verschiedene Maßnahmen systematisch verbessert, und das englisch-amerikanische Schuldabkommen hat zur weiteren Steigerung der englischen Währung beigetragen. Sie dürfte die Goldparität bald erreichen. Für die letzte Steigerung des Pfundes, ebenso wie für das Sinken des Franken ist aber die Ruhrbesetzung verantwortlich. Diese hat die Rohpreise auf dem Weltmarkt in die Höhe getrieben, wovon die englische Volkswirtschaft einen Nutzen, die auf die verteuerte Einfuhrrohstoffe angewiesene Schweiz dagegen einen Verlust hat. Dies kommt auch in der Verschlechterung ihrer Baluta zum Ausdruck.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 6. April, ist der 14. Wochenbeitrag fällig.

Auf Beschluß der Generalversammlung ist ein Stundeneinkommen als Verbandsbeitrag abzuführen.

Adressenänderungen.

Gau Stuttgart. Hornberg. V u. K.: Sandolin Fischer, Ziegel- tobel 39c.
Gau Augsburg. Gunde- lingen. V u. K.: Hermann Wid, Sonnenstr. 94 1/2.
Gau Berlin. Neuruppin ist eingegangen.

Fischer; Marie Krauß; Anna Berta Schiffer; Elfriede Ger- trud Ufer.
Finsterwalde. Frieda Güte; Mag Förster.
Freiburg i. Schl. Gertrud Rindler.

Zusammenkünfte.

Mitgliederversammlungen.
Berlin. Defakete. Seden Frei- tag nach dem 1. u. 15. nach- mittags 4—5 Uhr, Stallschrei- berstr. 29, Restaurant Schulz; Zahlung.

Krefeld. Andreas Simons; Lud- wig Küsters; Herm. Farren- berg; Mathias Brands.
Leipzig. Franziska Kluge; Marg. Charl. Wilde; Katharina Preiß; Gottfried Brachwitz; Johann Paßdera.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.
Augsburg. Katharina Hurler, Bertha Schuler; Alois Geiger.
Berlin. Ida Breßke; Erna Löw- städt; Walter Kühnast; Franz Buchalla; Josef Driewicz.
Chemnitz. Anna Bayer; Marg. Louise Berthun; Martha Anna

Münchberg. Johann Fraach.
Sebnitz. Karl Ehardt; Franz Gäbler.
Sorau, N.-L. Paul Brunzel; Flora Lukas; Berta Mabel; Anna Gärtner; Emilie Tschjesche; Karoline Reimann; Martha Pöthe; Auguste Mar- zinek; Anna Teige; Karl Al- mid; Martha Böhm; Hermann Sündermann; Hermann Apelt.
Thalheim i. Erzgeb. Ernst Louis Helbig.

Ehre Ihrem Andenken!

Wieder neue Beitragsmarken.

Es werden nun zu den bisher ausgegebenen Beitragsmarkenforten für 1300 Mk. auch solche für 1400 Mk. und weiter für 1600, 1800 und 2000 Mk. ausgegeben.

Der Vorstand.

Bücher-Vorzugsangebot.

Wir sind in der Lage, folgende ausgewählten Bücher zu bedeutend herabgesetztem Preise an unsere Mitglieder abgeben zu können:
Fritz Reuter: Aus der Franzosenzeit. Eine lustige Ge- schichte für Jugend und Volk. 22 Illustrationen, 170 S., gebunden 2700 Mk.
Theodor Storm: Der Schimmelreiter. Novelle, 131 S., gebunden 2850 „
Wilhelm Raabe: Die Affen des Vogelsangs. Roman, 210 S., stark broschiert 2500 „
Th. Zell: Unsere Hauskate vom Standpunkte ihrer wilden Verwandten. Für jung und alt. Musikiert. 270 S., gebunden 2300 „
Ungarn, Novellenbuch, 289 S., gebunden 4200 „
Ed. Bernstein: Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. Broschiert 1200 „
Leo Tolstoi: Und das Licht leuchtet in der Finsternis. Broschiert 900 „
Leo Tolstoi: Eine Auswahl für die reifere Jugend. Stark broschiert 2000 „
Viktor Mann: Ausrubr. Fünfzehn Geschichten. 294 S., gebunden 4800 „

Deutscher Textilarbeiterverband, Berlin O., Magazinstr. 6/7.

Bestellungen sind zu richten an Abt. Buchervermittlungskstelle Mar- ciusenweger, am besten durch Vermittlung der Filiale. Porto und Verpackung extra.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Freitag, 6. April

Verlag: Karl Hübsch in Berlin, Magazinstraße 6-7. — Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Dreßel in Berlin, für alles andere: Paul Wegener in Berlin. — Druck: Borswitzer-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Als Wochenbeitrag muß ein Stundenverdienst an die Verbandskasse abgeführt werden!